

Beiträge zu normativen Grundlagen der Gesellschaft

Herausgegeben von Udo Di Fabio und Frank Schorkopf

Die Schriftenreihe *Beiträge zu normativen Grundlagen der Gesellschaft* (BnGG) bietet eine interdisziplinäre Plattform, in deren Rahmen institutionellen und normativen Fragen nachgegangen wird, um das gesellschaftliche Wissen über die Funktion und Verletzlichkeit freiheitsermöglichender Institutionen und soziokultureller Lebensgrundlagen zu fördern. Das Ziel ist die Entwicklung eines zwischen Funktionsanalyse und Handlungstheorie angelegten Institutionenbegriffs.

Institutionen können sich wandeln und sind wandelbar. Sie sind nicht einfach konkrete Organisationen, sondern abstrakter angelegte Regelsysteme, die eine eigene Geschichte der Koevolution von kulturellen Einstellungen und Mustern auf der einen Seite und der normativen Anordnungen auf der anderen Seite hinter sich haben. Um die normative Struktur moderner Gesellschaften besser kenntlich zu machen, will die Reihe Veröffentlichungen aus der Rechtswissenschaft und thematisch verwandten Fächern wie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaft oder auch der Geschichtswissenschaft zusammenführen.

Die Reihe steht Monographien, Habilitationsschriften, herausragenden Dissertationen und thematisch-kohärenten Sammelbänden gleichermaßen offen. Mit der Aufnahme eines Werkes in die Schriftenreihe ist auch eine Förderung durch das Forschungskolleg normative Gesellschaftsgrundlagen möglich.

Ansprechpartnerin:

Daniela Taudt, LL.M. Eur.

Programmleitung Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Grundlagen

ISSN: 2569-2003 - Zitiervorschlag: BnGG

Stand: 04.10.2022. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/beitraege-zu-normativen-grundlagen-der-gesellschaft-bnbg?no_cache=1

order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104

Munaretto, Lino

Der Vorbehalt des Möglichen

Öffentliches Recht in begrenzten Möglichkeitsräumen

Band 10
2022. XXV, 545 Seiten.
erscheint im September

ISBN 9783161617447
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161617454
eBook PDF 129,00 €

Grundrechte auf staatliche Leistungen haben einen Preis. Nicht alles, was grundrechtlich geboten ist, kann in optimaler Weise erfüllt werden, da die staatlichen Ressourcen begrenzt sind. Verfassungsgerichte setzen den »Vorbehalt des Möglichen« ein, um anzuzeigen, dass die Geltung der Grundrechte von den Möglichkeiten eines Staates abhängt. Lino Munaretto betrachtet den »Vorbehalt des Möglichen« aus verschiedenen rechtstheoretischen Perspektiven und entwickelt hieraus dogmatische Grundsätze. Dabei legt er ein besonderes Augenmerk auf die Frage, wann welche staatlichen Organe legitimiert sind, Verteilungskonflikte zu entscheiden und problematisiert die Rolle von Gerichten, die in die Verteilung von öffentlichen Ressourcen eingreifen. In einer praktischen Erprobung werden die Befunde schließlich anhand eines konkreten Rechts untersucht: dem Grundrecht auf Gesundheit.

Inhaltsübersicht

Einführung in die Untersuchung

Erster Teil: Ein Modell des Möglichkeitsvorbehalts

Erstes Kapitel: Vorfragen und Grundlagen

§ 1 Möglichkeit als Operator

§ 2 Der Staat und seine Möglichkeiten

§ 3 Die Möglichkeitsentscheidung

§ 4 Der Anwendungsbereich des Möglichkeitsvorbehalts

Zweites Kapitel: Geltungstheorie

§ 5 Positivismus: Reines Recht

§ 6 Orientierung an Realbedingungen

§ 7 Ideale statt Sachzwänge

§ 8 Prozedurales Recht

Drittes Kapitel: Methoden der Normkonkretisierung

§ 9 Strukturtheorie

§ 10 Strukturierende Rechtslehre

§ 11 Abwägung

§ 12 Übergang zur Gleichheit

§ 13 Offene Fragen und Zwischenstand

Viertes Kapitel: Legitimation der Möglichkeitswahl

§ 14 Legitimation

§ 15 Legitimationsressourcen

Fünftes Kapitel: Dogmatik des Möglichkeitsvorbehalts

§ 16 Minimal Core Obligations

§ 17 Der Möglichkeitsvorbehalt als Spielraum

Zweiter Teil: Praktische Erprobung: Ein »Recht auf Gesundheit« unter dem Vorbehalt des Möglichen

§ 18 Ausgangspunkt und Thesen

§ 19 Grundlagen des Konflikts

§ 20 Rechte auf Gesundheit

§ 21 Teilhabe am Vorhandenen

§ 22 Ein originäres Leistungsrecht

§ 23 Umsetzung im geltenden Recht

§ 24 Ergebnisse der Erprobung

Schluss

Die Selbstbehauptung Europas

Zwischen Verfassungsidentität und Strategischer Autonomie

Herausgegeben von Udo Di Fabio

Band 9
2022. VIII, 152 Seiten.

ISBN 9783161615153
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161615160
eBook PDF 84,00 €

Ein verändertes geopolitisches Umfeld zwingt die Europäische Union zu einer Neuorientierung sowohl ihrer Föderalität im Inneren als auch ihrer Handlungsfähigkeit nach außen. Wie kann sie ihre politische und ökonomische Potenz entfalten, um ihrer selbst proklamierten globalen Verantwortung in einer veränderten Welt gerecht zu werden? Im sich verschärfenden Handels- und Systemkonflikt zwischen den USA und China und angesichts der Konflikte an ihrer Peripherie muss die Europäische Union ihre normative Idee in einer veränderten Welt finden und behaupten. Vor diesem Hintergrund fand 2019 ein Werkstattgespräch im Bonner Forschungskolleg normative Gesellschaftsgrundlagen (FnG) statt. Die dort gehaltenen Vorträge sind in diesem Sammelband zusammengefasst und durch einen Beitrag des Herausgebers zur europäischen Verfassungskrise nach dem PSpP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020 ergänzt.

Inhaltsübersicht

Vorwort: Strategische Autonomie als Leitbild – *Udo Di Fabio*: Die Selbstbehauptung Europas als Idee – *Martin Nettesheim*: Selbstbehauptung der EU durch Schutz des impliziten sozialen Kontrakts – *Andreas Rose*: »Im Namen Europas«. Eine



Mohr Siebeck

Beiträge zu normativen Grundlagen der Gesellschaft
Stand: 04.10.2022

Seite 2 von 5

„Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: Chimäre oder reale Chance zur Selbstbehauptung Europas? – Klaus Ferdinand Gärditz: Grenzrechtspolitik als europäischer Selbstfindungsprozess – Frank Schorkopf: Normative Selbstbehauptungen. Werte, Rechtsstaat und Finanzen im Dienst des »European way of life« – Udo Di Fabio: Europas Verfassungskrise

Mund, Dorothea

Das Recht auf menschliche Entscheidung

Zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben der technischen Erzeugung von Verwaltungsentscheidungen

Band 8
2022. XXI, 299 Seiten.

ISBN 9783161615115
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161615122
eBook PDF 94,00 €

Die Digitalisierung hat die öffentliche Hand erreicht. Neue Verfahrensvorschriften zur Automation und Digitalisierung der Verwaltung wie etwa im Besteuerungsverfahren oder im Verwaltungsverfahren regeln die rein technische Erzeugung von Maßnahmen der Verwaltung. Zuweilen sollen Verwaltungsakte ohne die Beteiligung eines Menschen ergehen. Dorothea Mund begrüßt die technische Entwicklung, zieht aber zugleich rechtliche Grenzen. Insbesondere aus den Grundrechten, aber auch aus staatsorganisationsrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes leitet sie ein (neues) Recht auf menschliche Entscheidung ab. Dieses Recht kann nur in wenigen Fällen durch die rechtsprechende Gewalt erfüllt werden. In den meisten Bereichen der öffentlichen Verwaltung müssen Entscheidungen den Menschen vorbehalten sein oder jedenfalls rein technisch erzeugte Maßnahmen der Verwaltung auf Antrag von Menschen überprüft werden können. Auf Grundlage des Rechts auf menschliche Entscheidung entwickelt Dorothea Mund zudem eine Dogmatik, die festschreibt, wie weit die Automation im Bereich der Verwaltung gehen darf. Die Arbeit wurde mit dem von der Gesellschaft der Freunde der Universität Augsburg gestifteten Universitätspreis 2022 ausgezeichnet.

Inhaltsübersicht

Einleitung

Erstes Kapitel: Digitalisierung der öffentlichen Hand

- A. Phänomenologie der Digitalisierung der öffentlichen Hand
- B. Informationstechnologische Vergewisserung
- C. Elektronische Datenverarbeitung bei der Verwaltung und technische Erzeugung von Verwaltungsentscheidungen

Zweites Kapitel: Chancen und Risiken der technischen Erzeugung von Verwaltungsentscheidungen

- A. Chancen der technischen Erzeugung von Verwaltungsentscheidungen
- B. Strukturelle Unterschiede zwischen Mensch und Informationstechnik
- C. Weitere Risiken durch die technische Erzeugung von Verwaltungsentscheidungen

Drittes Kapitel: Das Recht auf menschliche Entscheidung im Grundgesetz

- A. Bisherige Schutzbestrebungen im positiven Recht
- B. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Bezug auf die Informationstechnologie
- C. Vorgaben des Grundgesetzes für die technische Erzeugung von Verwaltungsentscheidungen

Viertes Kapitel: Kategorien technisch erzeugbarer Verwaltungsentscheidungen

- A. Vollständig technisch erzeugbare Entscheidung unter Ausschluss des Menschen
- B. Automationsgeleitete menschliche Entscheidung und automationsgestützte menschliche Entscheidung
- C. Vollständig menschliche Entscheidung unter Ausschluss der Technik
- D. Zwischenfazit

Zusammenfassung

Made in California

Zur politischen Ideologie des Silicon Valley

Herausgegeben von Udo Di Fabio, Julian Dörr und Olaf Kowalski

Band 7
2022. VII, 240 Seiten.

ISBN 9783161611377
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161611384
eBook PDF 74,00 €

Die Digitalisierung übt eine enorme Prägung auf alle Bereiche der Weltgesellschaft aus. Doch sie ist nicht ortlos: Ihr Herz schlägt im kalifornischen Silicon Valley. Es ist ein ökonomisches Kraftzentrum, Vorbild und Sehnsuchtsort für Kreative und Progressive aus aller Welt. Von dort kommen jedoch nicht bloß technische Innovationen, sondern auch eine politische Ideologie, die mit hergebrachten Ordnungen kollidiert. Viele Unternehmen, Projekte und Protagonisten des berühmten Tals offenbaren ein spezifisches Verständnis von Politik, Staat und Mensch – zusammengehalten durch den Glauben an eine bessere Welt durch Technik. Die damit verbundenen Herausforderungen für Recht, Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich nur mithilfe ideengeschichtlicher und interdisziplinärer Ansätze angemessen verstehen. Es ist demnach kein Zufall, dass das Silicon Valley gerade in Kalifornien entstanden ist.

Inhaltsübersicht

Jonas Lüscher: Auszüge aus dem Roman *Kraft*, 2017 – *Julian Dörr/Olaf Kowalski*: Die politische Ideologie des Silicon Valley – *Sabine Zubarik*: Warnung vor der besten aller Welten. Der Silicon Valley-Roman, die Technodizee und das Ende der Utopie – *Thomas Tripold*: »Tools of liberation« – der Informationstechnologische Vitalismus des Silicon Valley und seine Wurzeln in der Counter Culture – *Michael Hüther*: Public Valley: Marktwirtschaft und Demokratie in der digitalen Transformation – *Stephan Hobe*: Seasteading, Marskolonie und Erklärungen über neue »Staaten« auf Hoher See und im Weltraum – Kennzeichen neuer Staatlichkeit? – *Andreas Hanl*: Währungswettbewerber Facebook: Ökonomische Implikationen der Corporate Cryptocurrency Libra/Diem – *Thomas Köster/Leonie Mader*: Vorbild Silicon Valley? Kein neuer Geist am Arbeitsmarkt – *Udo Di Fabio*: Künstliche Intelligenz und vernetzte Wertschöpfung – untergräbt die digitale Entwicklung unsere ethischen und verfassungsrechtlichen Fundamente?



Kunzendorf, Friederike Simone

Gelenkter Wille

Das Nudging-Konzept zwischen Selbstbestimmungsfreiheit und Rechtsstaatsprinzip

Band 6
2021. XIV, 307 Seiten.

ISBN 9783161600548
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161600821
eBook PDF 94,00 €

Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch staatliche Hoheitsträger bedienen sich längst der Formen indirekter Anreize und Anstöße, sogenannter Nudges. Diese sollen ganz ohne rechtlichen Zwang den Einzelnen lenken, indem sie für ihn kaum merklich Einfluss auf seinen Willen nehmen. Diese Wirkweise bedarf einer gesamtsystematischen Perspektive, die es – unter Achtung der Interdisziplinarität des Ansatzes – erlaubt, eine grundlegende verfassungsrechtliche Frage zu erörtern. Dem Grundgesetz liegt die Vorstellung von der interdependenten Beziehung zwischen der Selbstbestimmung des Einzelnen und der Institution des demokratischen Rechtsstaates zu Grunde. Erst mit Einnahme dieser Perspektive wird sichtbar, inwiefern das Nudging-Konzept mit der Vorstellung vom selbstbestimmt, autonom handelnden Menschen als Leitidee des Grundgesetzes vereinbar ist.

Gerg, Stephan

Nudging

Verfassungsrechtliche Maßstäbe für das hoheitliche Einwirken auf die innere Autonomie des Bürgers

Band 5
2019. XVI, 194 Seiten.

ISBN 9783161576935
Leinen 69,00 €

ISBN 9783161576942
eBook PDF 69,00 €

Jedem sind sog. »Nudges« schon begegnet. Diese zwingen kein bestimmtes Verhalten auf, wollen aber in eine bestimmte Richtung schupsen (»to nudge«). Stephan Gerg untersucht die verfassungsrechtlichen Grenzen, wenn die öffentliche Hand auf den Bürger unbewusst oder nur halb bewusst durch »Nudges« und damit abseits von Ge- und Verboten sowie wirtschaftlichen Anreizen einwirkt. Hierzu zählen beispielweise Moralappelle, das Einwirken auf den Bürger durch sozialen Druck oder eine Widerspruchslösung im Organspenderecht. Ausgehend von einem juristisch definierten Begriff des Nudgings sollen anhand einer ebenfalls neuen Typologie die verfassungsrechtlichen Maßstäbe untersucht werden – insbesondere die grundrechtlichen Grenzen, der Vorbehalt des Gesetzes und der effektive Rechtsschutz. Im Mittelpunkt steht dabei die Besonderheit des Einwirkens auf die innere Autonomie, die Möglichkeit, den Willen des Bürgers über verborgene oder halb verborgene Beeinflussungspfade zu lenken, um ihm zu »besseren Entscheidungen« zu verhelfen. Wird bereits der Wille des Adressaten beeinflusst, braucht es keine Ver- oder Gebote mehr. Doch der demokratische Rechtsstaat spielt mit offenen Karten. In den Worten des zitierten Goethe ist keiner mehr Sklave, als der sich für frei hält, ohne es zu sein.

Weber, Ferdinand

Staatsangehörigkeit und Status

Statik und Dynamik politischer Gemeinschaftsbildung

Band 4
2018. XXI, 570 Seiten.

ISBN 9783161561047
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161562945
eBook PDF 119,00 €

Die Partikularität der Staatsangehörigkeit erscheint in der vielfach verbundenen europäischen Staatengemeinschaft als regulierungsbedürftiges Fragment einer Zeit unabhängiger Staatlichkeit, die der Inklusion von Migranten im Weg steht. Ferdinand Weber stellt diesen Blick auf den politischen Bürgerstatus durch eine Zusammenführung historischer, konzeptioneller und dogmatischer Perspektiven auf eine neue Grundlage. Kern seiner Argumentation bildet die Gleichzeitigkeit von Statik und Dynamik politischer Gemeinschaftsbildung. Sie hält den liberalen Verfassungsstaat der Gegenwart dazu an, das Individuum und das Kollektiv als selbstbestimmte Subjekte in ihren Entscheidungen ernst zu nehmen. Die Arbeit wurde mit dem Fakultätspreis 2018 für die beste Dissertation der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen und dem Hermann-Mosler-Preis 2019 der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht ausgezeichnet. Zusätzlich erhält der Autor auch den.

Schieder, Tobias

Ethisch motivierter Rechtsungehorsam

Rechtsdebatten zu Widerstandsrecht, Gewissensfreiheit und zivilem Ungehorsam in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989

Band 3
2018. XI, 306 Seiten.

ISBN 9783161558535
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161561764
eBook PDF 89,00 €

Wie ethisch motivierter Rechtsungehorsam verfassungsrechtlich angemessen zu erfassen und zu verarbeiten sei, wurde in der Bundesrepublik kontrovers diskutiert. Ein Blick auf den Verlauf der Debatten über die hierfür verwendeten Rechtsfiguren zeigt, wie stark die frühen Debatten noch unter dem Einfluss naturrechtlicher Vorstellungen standen und wie sich dies mit der Zeit wandelte. Bei der Betrachtung der Debattenkontexte stellt Tobias Schieder die gängigen dogmatischen Konstruktionen auf den Prüfstand und untersucht, inwiefern sie ihre Überzeugungskraft aufgrund konkreter historischer Gegebenheiten gewannen. Er prüft, inwieweit sie sich in der Rechtspraxis bewähren konnten, und kann anhand der Debatten zeigen, wie die alte Frage nach der Gerechtigkeitsorientierung des Rechts unter den Bedingungen eines modernen, gewaltenteilig organisierten und demokratischen Staatswesens rechtlich verarbeitet wurde.



Thomalla, Klaus

»Herrschaft des Gesetzes, nicht des Menschen«

Zur Ideengeschichte eines staatsphilosophischen Topos

Band 2
2019. XXII, 476 Seiten.

ISBN 9783161561054
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161563607
eBook PDF 109,00 €

Juristische Analysen zum Rechtsstaatsbegriff spiegeln nicht selten eine gewisse Skepsis wider, wenn das Ziel darin besteht, eine ausgedehnte Ideengeschichte zu präsentieren. Entgegen dieser Auffassung zeigt Klaus Thomalla anhand von ausgewählten Denkern, dass die moderne Rechtsstaatsidee ihre Grundlage in weitverzweigten Wurzeln älterer philosophischer und politischer Gedanken hat, die bis in die Antike reichen und mit dem Topos von der Herrschaft des Gesetzes umschrieben werden können. Hierbei untersucht er den Topos, indem er zum einen das objektive Gesetz (*ratio*) im Sinne eines Gegensatzes zum menschlichen Willen (*voluntas*) versteht und zum anderen zwischen einem absoluten und einem relativen Verständnis des Topos differenziert: Nach Ersterem bezieht sich der Topos auf die Tugend, die sich am Gemeinwohl orientiert; nach Letzterem richtet er sich auf die Verfassung, die vorschreibt, dass Gesetze als allgemeine Regeln herrschen sollen.

Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis 2018 des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ausgezeichnet.

»Klaus Thomallas verdienstvolle Studie über den Topos von der 'Herrschaft des Gesetzes, nicht des Menschen' bietet [...] eine Fülle an Material, die eine gravierende Lücke in der Forschungslandschaft schließt [...]. Die Rechtsphilosophie wird darauf [...] in Zukunft aufbauen können und müssen, wenn sie sich des Themas annimmt.«

Markus Rothaar in Zeitschrift für Rechtsphilosophie, Neue Folge 5 (2021), S. 195–198

Di Fabio, Udo

Herrschaft und Gesellschaft

Band 1
Durchgesehene Studienausgabe
2019; Erstausgabe 2018.
XVII, 293 Seiten.

ISBN 9783161575518
fadengeheftete Broschur 24,00 €

ISBN 9783161576072
eBook PDF 24,00 €

Das politische System der Gesellschaft besteht nicht nur aus Organisationen, die auf Amtsmacht konzentriert sind. Die Interaktion mit anderen Funktionssystemen und interne kommunikative Anschlussbedingungen erfordern eine andere, abstraktere Analyse von Macht und Herrschaft, die Zusammenhänge von Institutionen, funktionellen Leistungen und ideellen Prägekräften sichtbar macht. Der Staat ist seit längerem nicht mehr der klärende Ausgangspunkt oder die Matrix für Theoriebildung, er ist lediglich Gegenstand einer Theorie politischer Herrschaft. Staaten, supranationale oder internationale Organisationen sind unzweifelhaft wichtig, aber nicht notwendigerweise und immer das Zentrum politischer Herrschaft, wenn man unter Macht die Steigerung der Wahrscheinlichkeit zur Übernahme fremder Selektionen und Handlungsperspektiven (Gehorsam) versteht.

